

# Auf den Teller statt in den Abfall

Denner geht gegen Foodwaste vor und spannt dafür mit Caritas zusammen.

Florence Vuichard

Nicht alles, was ins Fleischregal kommt, wird auch verkauft. Immer wieder müssen Detailhändler Pouletfilets, Schweinsteaks oder Gehacktes entsorgen. Statt auf dem Teller landet es dann in der Biogasanlage. Das ist auch bei Denner der Fall. Jedenfalls bis jetzt. In Zukunft will der Discounter das nicht verkaufte Fleisch kostenlos an die Caritas-Märkte weitergeben.

Denner geht davon aus, dass so jährlich rund 30 Tonnen Fleisch «gerettet» werden können, wie Firmensprecherin Grazia Grassi sagt. Neu wird unverkauftes und geprüftes Fleisch am Tag des Ablaufdatums in den Denner-Filialen eingefroren. So bleibt es für weitere 90 Tage geniessbar. Der Caritas-Markt holt das eingefrorene Fleisch mit seinen Kühlfahrzeugen auf seinen Wochentouren in den Denner-Filialen ab – und verkauft es dann in den eigenen Läden mit einem Rabatt von 66 Prozent.

## Etikette klärt über die Spielregeln auf

Getestet wurde das Projekt in Zürich. In einer Pilotphase beteiligten sich 15 Denner-Filialen und der Zürcher Caritas-Markt. «Wir haben nun in unseren Filialen einen standardisierten,



Das tiefgekühlte Fleisch kostet im Caritas-Markt 66 Prozent weniger.

Bild: zvg

funktionierenden Prozess definiert», betont Grassi. «Das war wichtig.» Nun wird das Projekt auf die ganze Schweiz ausgedehnt. Bis Ende Jahr soll nicht verkaufte Fleisch aus 140 der insgesamt 570 Denner-Filialen tiefgefroren und weitergegeben werden – allen voran in den Regionen Zürich, Luzern, Winterthur, St. Gallen und Bern sowie

rund um Genf und Lausanne. Die «geretteten» Steaks und Plätzli werden alle mit dem Hinweis etikettiert, dass sie innert 90 Tagen konsumiert werden müssen – und nach dem Auftauen innerhalb von 24 Stunden.

Das Tiefkühlfleisch sei gefragt, sagt Thomas Künzler, Chef der 23 Caritas-Märkte. Das habe das Pilotprojekt gezeigt.

Das Fleisch sei jeweils innert zweier Tage ausverkauft gewesen; von Filet über Wurstwaren zu Gehacktem. «So können sich Menschen Fleisch leisten, deren Budget das sonst nicht zulässt.»

## Wirtschaft manchmal schneller als Politik

Nebst dem sozialen Aspekt, den auch Denner-Sprecherin Grassi

betont, leistet das Projekt einen Beitrag gegen Foodwaste. Denner und Caritas beweisen, dass Wirtschaft und nicht gewinnorientierte Organisationen oftmals schneller sind als die Politik.

Vor knapp zwei Jahren hat die frühere grüne Nationalrätin Meret Schneider eine Motion eingereicht, mit der sie ein Verbot für die Vernichtung von Fleischwaren im Detailhandel forderte. Der Bundesrat wiederum wollte nichts davon wissen, verwies aber auf seinen Aktionsplan gegen Foodwaste. Mit diesem soll die «Menge an vermeidbaren Lebensmittelverlusten in der Schweiz bis 2030» im Vergleich zu 2017 halbiert werden. Dabei setzt der Bundesrat vorerst auf «eigenverantwortliche Massnahmen».

Bis 2025 will der Bundesrat nach eigenen Angaben prüfen, «ob die Massnahmen und Instrumente zur Erreichung der Ziele des Aktionsplans ausreichen, und wenn nötig weitere Massnahmen ergreifen».

Caritas-Markt-Chef Künzler weiss von runden Tischen zu berichten und vielen Diskussionen. «Wir haben jetzt gehandelt – und unsere Kundinnen und Kunden freut es.» Denn Denner ist der erste Detailhändler überhaupt, der an die Caritas-Märkte Fleisch weitergibt.

## Rückschlag für Swiss Steel

**Stahl** Eigentlich wollte der Luzerner Stahlkocher Swiss Steel mehrere Werke, namentlich in Frankreich, verkaufen. Doch nun zieht sich der potenzielle Käufer Ascometal aus den laufenden Verkaufsverhandlungen zurück. Das teilte Swiss Steel gestern mit. Seit Dezember 2023 hatten Ascometal und Swiss Steel exklusiv über die Übernahme mehrere Werke in Frankreich verhandelt. Betroffen vom Verkauf gewesen wären laut Swiss Steel die Produktionsstätten und Aktivitäten von Hagondange (Moselle), Custines (Meurthe-et-Moselle), Le Marais (Loire) und ein Forschungszentrum von Ascometal.

Gemäss Angaben von Swiss Steel hat Ascometal nach dem Abbruch der Übernahmeverhandlungen beschlossen, «gerichtlichen Schutz zu suchen» und vor dem Richter ein Gesuch um Restrukturierung der Ascometal-Gesellschaften gestellt. Sprich: Der potenzielle Käufer für Standorte von Swiss Steel in Frankreich sucht nun für sich und seine Standorte selber einen Käufer. (sat)

## UBS entledigt sich einer CS-Last

**Apollo** Die UBS steigt vollständig aus dem Geschäft mit verbrieften Produkten in den USA aus, das sie von der Credit Suisse übernommen hat. Dazu hat sie sich mit dem US-Finanzinvestor Apollo auf einen Deal geeinigt, wie die Grossbank gestern mitteilte. Demnach werde Apollo vorrangig besicherte Finanzierungsfazilitäten im Wert von 8 Milliarden US-Dollar von der UBS erwerben. Das dürfte das Ergebnis der UBS im ersten Quartal 2024 um 300 Millionen Dollar verbessern. Gleichzeitig werde die Credit Suisse einen Nettoverlust von rund 900 Millionen verbuchen müssen. (sat)

## Zins bleibt gleich für Covid-Kredite

**Bundesrat** Die Zinssätze für die ausstehenden Covid-19-Kredite werden nicht erhöht: Für Kredite bis 500 000 Franken sind weiterhin 1,5 Prozent und für Kredite über 500 000 Franken 2 Prozent zu entrichten. Das hat der Bundesrat an seiner gestrigen Sitzung festgelegt. Laut Gesetz muss die Regierung jeweils per 31. März die Zinssätze der Covid-19-Kredite an die Marktentwicklungen anpassen. (fr)

# Der «Mozart der Finanzen» hat ausgespielt

Frankreichs Staatsrechnung läuft aus dem Ruder. Macrons Kritiker warnen vor einer Eurokrise.

Stefan Brändle, Paris

Das französische Statistikamt Insee hat soeben bekannt gegeben, dass die Neuverschuldung des Landes 5,5 Prozent der Wirtschaftsleistung ausmache. Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire war bisher von 4,9 Prozent ausgegangen. Als Grund für den Überlauf nannte er unerwartet tiefe Steuereinnahmen. Noch im Vorjahr hatte die Inflation für höhere Mehrwertsteuereinnahmen gesorgt und die Zunahme des Defizits bis zu einem gewissen Grad kaschiert.

Kritiker werfen der Regierung seit langem vor, sie habe den Geldhahn auch nach der Covidphase zu lange offengelassen und eine Politik des «quoi qu'il en coûte» («koste es, was es wolle») betrieben. Diese generöse Ausgabenpolitik gilt mit Abstrichen bis heute. Aktuell

schlägt Präsident Emmanuel Macron eine öffentliche Schuldenaufnahme in Form von Eurobonds zur militärischen Unterstützung der Ukraine vor.

## Weckruf an die eigene Adresse?

Besorgte Ökonomen verweisen dagegen auf den Umstand, dass Frankreich mit einer rekordhohen Schuldenlast von gut 3000 Milliarden Euro heute sogar vor Italien liegt. Diese kolossale Summe entspricht gut 110 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. In den Pariser Medien mehrten sich Fragen, ob Frankreich und Italien den Euroraum in Turbulenzen stürzen könnten – wie die Griechenlandkrise vor rund einem Jahrzehnt.

Denn anders als Japan oder die USA können einzelne Euro-Länder wie Frankreich nicht auf ihre nationale Währung einwirken, meint Elie Cohen, einer

der führenden Ökonomen in Paris. Er glaubt allerdings nicht an eine neue Finanzkrise. «Solange wir in der Eurozone sind, wird uns der Schutz der deutschen Wirtschaft zugutekommen.»

Hingegen warnte Cohen vor negativen Folgen für Frankreich. Im April und Mai könnten die wichtigsten Ratingagenturen die Finanznote Frankreich herunterstufen. Das würde den Schuldendienst weiter verteuern. Die Regierung in Paris wendet dafür heute mehr als 50 Milliarden Euro im Jahr auf. Dieser Betrag dürfte bis 2027 auf 80 Milliarden Euro steigen. Der Schuldendienst wäre dann der höchste Budgetposten, noch vor dem Bildungs- und Rüstungsetat.

Bruno Le Maire hat deshalb einen «Weckruf» in Briefform an die staatlichen Entscheidungsträger verfasst, mehr

Sparmassnahmen durchzuführen. Für das laufende Jahr verspricht der Wirtschaftsminister 10 Milliarden Euro an Einsparungen. Das Haushaltsdefizit will er heuer auf 4,4 Prozent drücken. 2027, wenn in Frankreich die nächsten Präsidentschaftswahlen anstehen, soll es unter die EU-Schwelle von 3 Prozent sinken.

Le Maire werden politische Ambitionen auf die Nachfolge von Staatspräsident Emmanuel Macron nachgesagt.

## Symphonie «gleicht eher einem Schwanengesang»

Die Opposition übt scharfe Kritik an Le Maire. Republikanerchef Eric Ciotti nahm zu dem unerwartet hohen Defizit auch Macron ins Gebet und twitterte: «Die jüngste Symphonie des «Mozarts der Finanzen» gleicht eher einem Schwanengesang.» Die Linke wirft dem ehemaligen

ANZEIGE

Gratis unzählige Stunden beste Unterhaltung streamen.

Jetzt registrieren!

one+

Hol dir den Schweizer Streamingdienst jetzt kostenlos nach Hause.

oneplus.stream.it